

Bundeshauptstadt: Abgeordnete, Berater und Aktivisten über den hektischen Politikbetrieb, persönliche Beziehungen und darüber, wie das Internet das politische Klima verändert hat

Von unserem Redaktionsmitglied
Torsten Gertkemper

Ein rauer Wind weht am Spreeufer entlang. Wer hier spazierengeht, ist gut beraten, den Kragen seines Mantels etwas höher zu stellen. Die Architektur an diesem Ort wirkt kahl. Kaum Grün, viel Beton und noch mehr Glas. Die Uferpromenade wird eingerahmt von zwei Kolossen, dem Paul-Löbe- und dem Marie-Elisabeth-Lüders-Haus.

In diesen Gebäuden haben Abgeordnete ihre Büros, hier tagen Ausschüsse und andere Gremien. Dahinter thront das Reichstagsgebäude. Hinter der Silhouette des Paul-Löbe-Hauses ist nur die Spitze der Glaskuppel zu sehen. Sie lässt die Dimensionen des Bauwerks erahnen.

Harte Konkurrenz

Das Hauptstadtstudio der ARD nimmt sich dagegen recht bescheiden aus. Der rote Bau, eröffnet 1999, liegt einen Steinwurfentfernt und beherbergt in seinem Erdgeschoss ein Café. „Die Eins“. Dort ist Heiko Wiese gerade angekommen. Er zieht sich die Handschuhe aus. Trotz des Wetters ist der 45-Jährige mit dem Fahrrad gefahren. Wiese ist politischer Berater. Er arbeitet mit Politikern an Strategien, organisiert auch Kampagnen. Den rauen Wind gebe es nicht nur am Spreeufer, sagt er. „Die Konkurrenz im Beratergeschäft ist hart. Aber wo ist sie das nicht?“ Wiese bestellt sich einen Kaffee, genauso wie sein Geschäftspartner Klaus Harbers. Mit einem weiteren Partner haben sie sich selbstständig gemacht und ihre eigene Agentur gegründet.

Beide kennen das Geschäft schon lange, haben unter anderem als Pressesprecher gearbeitet. Die Mechanismen, wie und wann ein Thema besonders viel Aufmerksamkeit bekommt, sind ihnen bekannt. „Heute sind die Möglichkeiten beinahe unbegrenzt. Man schreibt einmal etwas auf Twitter, und schon bringt man eine Maschine in Gang“, sagt Wiese. Das soziale Netzwerk Twitter benutzt zum Beispiel US-Präsident Donald Trump sehr gern, um auf sich oder ihm wichtige Themen aufmerksam zu machen. Für manche Journalisten ist die Plattform zu einer wichtigen Informationsquelle geworden.

Gehtzt und getrieben

Nikolas Löbel (CDU) sitzt seit 2017 für den Wahlkreis Mannheim im Bundestag. Sein Büro befindet sich nur wenige hundert Meter vom Hauptstadtstudio und dem Brandenburger Tor entfernt, an der Straße „Unter den Linden“. Unmittelbare Nachbarn: die Botschaften Russlands, Frankreichs und Großbritanniens. „Berlin ist wie ein Raumschiff, man schwebt ein bisschen über den Dingen, ist aber auch unheimlich getrieben“, sagt er. Von der Arbeit, die in all den Gremien und Ausschüssen stattfindet, bekommen die Wähler nichts mit. Deshalb sei es wichtig, den Kontakt zum eigenen Wahlkreis nicht zu verlieren, findet der 32-Jährige.

Franziska Brantner geht es ähnlich. Die Grünen-Politikerin aus Heidelberg hat am neuen deutsch-französischen Freundschaftsvertrag mitgearbeitet, der im Januar unterzeichnet wurde. „Es ist nicht immer leicht,



Politische Blase Berlin

Auf wenigen Quadratkilometern spielt sich in der Hauptstadt das bundespolitische Leben ab – Besuch in einem Mikrokosmos mit seinen ganz eigenen Gesetzen.

zu Hause zu vermitteln, was in Berlin alles geschieht“, sagt sie. Wenn sie sich in der Hauptstadt aufhält, ist ihr Terminkalender voll. „Die Mitarbeiter meines Büros sind froh, wenn sie mich überhaupt einmal zu Gesicht bekommen“, sagt die 39-Jährige. Denn zwischen den Verabredungen bleibt meistens kaum Zeit. Hinzu

kommt: Das politische Klima in Berlin verändert sich oft. „Themen kochen schnell hoch. Wer seine Meinung dazu nicht sofort kundtut, läuft in den Medien nicht“, sagt Brantner. Für besonders viel Aufregung sorgt es, wenn ein Abgeordneter etwas gegen die eigene Partei sagt. „Das ist meistens Strategie, denn das bringt

Aufmerksamkeit“, sagt die Grünen-Abgeordnete. Soziale Netzwerke hätten die Tendenz zu mehr Aufregung verstärkt, sagt Löbel. Er steht zwar mit den Menschen aus seinem Wahlkreis über das soziale Netzwerk Facebook und den Messenger-Dienst Whats App in Kontakt, sieht manche Ent-

wicklung aber kritisch: „Wenn ich kein Politiker wäre, würde ich mich genau überlegen, ob ich Facebook nutze“, sagt er.

Doch auch heute noch spielt sich die Politik nicht nur in Internet und digitalen Foren ab. Wer sein Anliegen vorbringen möchte, tut dies in Berlin auch gern diskret. Die Rede ist von Hintergrundgesprächen, Einladungen zum Mittagessen oder sogenannten parlamentarischen Abenden, bei denen Interessensvertreter – von Industrie, Sozialverbänden oder Gewerkschaften – Abgeordnete einladen. Mehr als 2300 Interessensverbände weist der Bundestag in seiner offiziellen Liste aus. „Da können Sie sich vorstellen, wie viele Leute in unterschiedliche Richtungen unterwegs sind, um uns vom richtigen Weg zu überzeugen. Und der richtige Weg ist natürlich immer der, den der jeweilige Lobbyist gerade vorgeschlägt“, sagt Lothar Binding (SPD).

Einfluss von allen Seiten

Der 68-Jährige, der sich besonders als Gegner von Zigaretten einen Namen gemacht hat, sitzt seit 1998 für den Wahlkreis Heidelberg im Bundestag. Dass viele Lobbyisten auf ihn Einfluss nehmen wollen, stört ihn nicht – im Gegenteil. Es sei klug, sich erst eine eigene Meinung zu bilden, wenn man Interessensvertreter von verschiedenen Seiten gehört habe. „Was allerdings schlecht ist, ist, wenn ein Politiker sich nur einen Lobbyisten anhört und dann sagt: Das ist meine Meinung“, sagt Binding. Politikberater Klaus Harbers ist derselben Ansicht:

„Entscheidend ist doch, dass jeder Gehör findet – auch die, die nicht so viel Geld haben“, sagt er. Genau wie sein Geschäftspartner Wiese meint er aber auch, dass die Vertretung von Interessen in einer demokratischen Struktur ihren Platz haben muss.

Zauberwort Transparenz

Das Wort Transparenz ist deshalb im Zusammenhang mit dem Beratergeschäft kein einfacher Begriff. Besonders, wenn die Berater mit ihren Kunden an Ideen arbeiten, brauchen beide Seiten das Wissen, dass nicht alles gleich an die Öffentlichkeit gelangt. „Wenn es keine Räume gibt, in denen man offen miteinander sprechen kann, brauchst du dir über Strategie keine Gedanken zu machen“, sagt Wiese. Dennoch könne man viel tun, um „Gerechtigkeit“ herzustellen, wie er es nennt. „Wenn es ein Ergebnis gibt und man an die Öffentlichkeit geht, muss man andere Leute mitreden lassen“, sagt er.

Martin Reyher ist Redaktionsleiter bei abgeordnetenwatch.de. Die unabhängige Internetplattform wurde 2006 in Hamburg gegründet und ermöglicht es Wählern, die Abgeordneten verschiedener deutscher Parlamente zu befragen. Zudem können auf der Internetseite das Abstimmungsverhalten und Nebentätigkeiten eingesehen werden.

Noch Nachholbedarf

Reyher sieht, was die Transparenz angeht, noch Nachholbedarf. „Es wird nicht ersichtlich, wer zu welchem Zeitpunkt worauf Einfluss nimmt“, sagt er. Seine Organisation fordert deshalb ein Lobbyregister, in dem alle Interessensverbände angegeben müssen, wenn sie mit einem Politiker in Kontakt treten. Die offizielle Liste des Bundestages hält Reyher für wertlos. „Dort werden zum Beispiel keine Einzelfirmen aufgelistet“, sagt er. Eines wird in Berlin schnell deutlich: Ohne persönliche Beziehungen läuft nicht viel. Genau so wichtig ist es aber auch, möglichst unabhängig voneinander zu bleiben – jeden Tag aufs Neue ein Balanceakt. Und dann stellt sich auch die Frage, wie viel persönliche Beziehungen wirklich wert sind. Als Löbel gefragt wird, wann er schon einmal Lehrgeld bezahlen musste, wartet er kurz, bevor er antwortet.

Genaue Vereinbarungen

Dann spricht er davon, wie es ist, gemeinsam mit anderen Politikern Initiativen anzustoßen. Alles müsse man mit seinem Mitbewerber genau vereinbaren. „Ja, man kann gemeinsam Erfolge feiern. Aber wer nicht bereits im Vorfeld alles genau ausmacht – jeden Satz, jedes Komma und wann die Nachricht verkündet wird –, der wird nicht feiern können. Dann heftet jeder den Erfolg an seine eigene Fahne“, sagt er.

Politikberater Wiese kennt das ebenfalls. „Das Geschäft ist das Entschiedenste. Wenn du nicht mehr da bist, macht es ein anderer. Da braucht man sich nichts vorzumachen“, sagt der 45-Jährige, als er sich wieder die Handschuhe anzieht. Anschließend steigt er auf sein Rad und fährt zurück ins Büro – entlang am Spreeufer. Dort, wo der rauer Wind weht.

Das Regierungsviertel in Berlin-Mitte



Medien: Gregor Mayntz, Chef der Bundespressekonferenz, zu der Bedeutung der Journalistenorganisation, der Schnelligkeit des Geschäfts und lohnenswerten Recherchen

„Wer danebengreift, dem wird nicht so schnell verziehen“

Von unserem Redaktionsmitglied
Torsten Gertkemper

In den Abendnachrichten sieht man häufig Mitglieder des Politikbetriebs vor einer hellblauen Wand. Dann sitzen sie in der Bundespressekonferenz (BPK, siehe Karte). Die Besonderheit: Es handelt sich dabei um einen Verein aus Journalisten, der die Befragten einlädt, nicht umgekehrt. Vorsitzender der BPK ist Gregor Mayntz.

Herr Mayntz, welche Kriterien muss man erfüllen, um zur BPK eingeladen zu werden?

Gregor Mayntz: Alles, was eine gewisse bundespolitische Relevanz hat, sollte bei uns im Saal stattfinden.

den. Wir können nicht jeden davon überzeugen, sich unseren Fragen zu stellen. Aber wir können es jedem nur empfehlen.

Lehnen Sie auch Anfragen ab?

Mayntz: Das kommt vor. Viele Organisationen wollen ihr Anliegen dadurch veredelt sehen, dass sie von der Bundespressekonferenz eingeladen werden. Wir müssen als Vorstand aber entscheiden, ob ein Thema nicht nur gut, sondern auch interessant genug für die Kollegen ist.

Häufig hat man den Eindruck, dass für Journalisten gar nicht so viele Informationen zu holen gibt. Die Antworten der Sprecher wirken nicht selten einstudiert.

Mayntz: Die Regierungspressekonferenz in der BPK mit allen Sprechern hat verschiedene Funktionen. Kollegen, die für Radio und Fernsehen arbeiten, brauchen Originaltonne für ihre Beiträge. Und es gibt immer Aussagen, die Anlass zu Rückfragen geben. Es lohnt sich, während der Pressekonferenz nachzufragen.

Wann ist das der Fall?

Mayntz: Besonders, wenn es innerhalb der Regierung, also zwischen Ministerien, unterschiedliche Meinungen gibt. Nach außen heißt es dann: Im Grundsatz sind wir uns einig, aber wir möchten das ergänzen. Das ist eine nette Umschreibung für: Wir streiten uns hinter den Kulissen wie die Kesselflicker.

Journalist mit Erfahrung

■ **Gregor Mayntz** wurde 1960 in Oedt (Niederrhein) geboren. Seit 2011 ist er Vorsitzender der Bundespressekonferenz.



■ Mayntz ist **Hauptstadt-Korrespondent der „Rheinischen Post“**. Ab 1997 arbeitete er im Bonner Büro und zog im Jahr 1999 mit dem Parlament nach Berlin um.

■ Mayntz studierte an der **Universität in Bonn** die Fächer Politik, Neuere Geschichte sowie Verwaltungsrecht. tge (BILD: RHEINISCHE POST)

Ist das politische Klima in Berlin rauer als woanders?

Mayntz: Durchaus. Das Klima in Berlin ist sehr professionell, aber auch gnadenlos. Wenn hier jemand einmal verbal danebengreift, wird das in Berlin so schnell nicht verziehen.

Sie haben bereits als Journalist gearbeitet, als Bonn noch die Hauptstadt der Bundesrepublik war.

Was hat sich seitdem bei Ihrer Arbeit verändert?

Mayntz: Das Geschäft ist schneller geworden. In den 1970er Jahren wussten die Hauptstadt-Korrespondenten, was am Monatsende noch Thema sein wird. In den 1990er Jahren konnte man sich vorstellen, was am Ende der Woche noch relevant ist.

Heutzutage kann man sich morgens nicht immer sicher sein, was am Ende des Tages noch relevant ist.

Welche Auswirkungen hat die Digitalisierung auf die Arbeit von Journalisten und die der BPK?

Mayntz: Ich glaube, die BPK wird in diesem Zeitalter immer wichtiger. Weil vieles schneller gehen muss, wird kürzert und zugespitzt. Umso wichtiger ist es, dass man Zeit hat, nachzufragen und ein Gespräch zu bekommen, was wirklich abläuft. Deshalb sind viele unserer Konferenzen nach wie vor gut besucht.

Gregor Mayntz hat das Interview telefonisch gegeben. Der Text wurde ihm vor Veröffentlichung vorgelegt.